

Kongress-Antrag 18: Gewerkschaftsbund Kanton Neuenburg (USCN)

Die Änderung der Gesundheitspolitik zu einer gewerkschaftlichen Priorität machen!

Der Gewerkschaftsbund Kanton Neuenburg (USCN) fordert den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) auf, sich entschlossen für einen tiefgreifenden Wandel des Schweizer Gesundheitssystems einzusetzen. Ein solcher Wandel kann nur durch die Einführung einer einheitlichen öffentlichen Krankenkasse erreicht werden, die nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit finanziert wird und deren Führung die öffentliche Hand, die Versicherten sowie die Gesundheitsfachpersonen einbezieht.

Eine solche einheitliche öffentliche Krankenkasse wird die Aufgabe haben, den öffentlichen Dienst wieder ins Zentrum des Gesundheitssystems zu stellen und eine echte Gesundheitspolitik der Prävention umzusetzen, welche die zentralen Fragen der Gesundheit am Arbeitsplatz sowie die Auswirkungen des Klimawandels berücksichtigt. Der USCN fordert den SGB auf, den Aufbau einer breiten nationalen Koalition mit dem Ziel zur Priorität zu erklären, innerhalb der nächsten zwölf Monate eine Volksinitiative für eine einheitliche öffentliche Krankenkasse nach dem oben beschriebenen Modell zu lancieren und eine breite gewerkschaftliche Mobilisierung für eine solche Initiative aufzubauen.

Begründung:

Die Gesundheitspolitik in der Schweiz befindet sich in jeder Hinsicht in einem alarmierenden Zustand:

- völliges Fehlen einer Politik der Gesundheitsprävention;
- verschlechterte Arbeitsbedingungen für das Gesundheitspersonal, Personalmangel, Überlastung sowie deren bedrohliche Auswirkungen auf die Qualität der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung;
- ein Finanzierungssystem über einkommensunabhängige Kopfprämien, das die Haushalte finanziell erdrückt;
- Kostenbeteiligungen der Haushalte durch Franchisen und Selbstbehalte, die immer mehr Menschen aus finanziellen Gründen dazu zwingen, auf notwendige Behandlungen zu verzichten;
- die starke Kontrolle privater Versicherer über das Gesundheitssystem und die Versorgungspfade, was zu einer Kostenwahn führt und die durch die Grundversicherung gedeckten Leistungen verschlechtert;
- die Verschärfung einer Zwei-Klassen-Medizin durch den zunehmenden Einfluss privater, gewinnorientierter Strukturen;
- das Fehlen einer demokratischen Debatte über Ziele und Zweck eines Gesundheitssystems sowie der Verlust der Kontrolle durch die öffentliche Hand.

Diese Situation kann nicht länger hingenommen werden. Während die von den rechten Parteien vorgeschlagenen Lösungen die gegenwärtige irrationale Logik fortsetzen würden, indem sie dem Privatsektor mehr Macht verleihen, die Franchisen erhöhen und die weitere Verschlechterung sowohl der Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen als auch der Grundversorgung vorantreiben,

ist es dringend notwendig, dass die Gewerkschaftsbewegung dieses Thema nicht den politischen Parteien überlässt, sondern es selbst aufgreift, um eine echte Alternative zu entwickeln.

*Stellungnahme des Vorstands: **Zur Prüfung entgegennehmen***

Begründung

Bei guter Ausgestaltung (das Spektrum möglicher Modelle einer Einheitskasse ist sehr breit) könnte die Einführung einer öffentlichen Krankenkasse wesentliche Dysfunktionalitäten im viel zu stark privatwirtschaftlich und damit lobbygetriebenen Gesundheitswesen eliminieren sowie Prävention, Steuerung und koordinierte Versorgung stärken. Dies brächte Entlastung sowohl für die Versicherten als auch für die Leistungserbringenden. Genau deshalb treibt dieses Thema die Gewerkschaften auch seit jeher um. Eine Einheitskasse würde auch Effizienzgewinne und damit Einsparungen bzw. Prämiensenkungen mit sich bringen. Doch selbst wenn diese substanziell sein sollten, wäre unser qualitativ hochwertiges Gesundheitswesen immer noch viel zu teuer, um es über die zutiefst unsozialen Kopfprämien finanzieren zu können. Deshalb ist ein neuer Anlauf für die Einführung einer einkommensabhängigen Finanzierung der Grundversicherung – wie dies der Antrag ebenfalls fordert – absolut vordringlich. Und deshalb unterstützt der SGB die kürzlich von der SP Schweiz angekündigte "Prämien-Initiative" (siehe Erläuterungen im Kongress-Antrag 15 des SEV).

Darüber hinaus werden Diskussionen geführt hinsichtlich Inhalt und Trägerschaft einer weiteren Volksinitiative in einer breiten Allianz zur Verbesserung des Gesundheitswesens. Der Antrag des USCN nimmt mit der Festlegung auf eine nationale Einheitskasse und der Forderung einer Lancierung innerhalb von zwölf Monaten Entscheide vorweg, die Gegenstand dieser laufenden Arbeiten und Allianzgespräche sind. Da der Stand dieser Diskussionen und Allianz-Überlegungen zum Zeitpunkt des Kongresses aktuell nicht absehbar ist, soll dem Kongress dazu eine zeitnah verfasste aktuelle Resolution zum Beschluss unterbreitet werden soll. Diese berücksichtigt den aktuellen Stand und legt das weitere Vorgehen fest.